16.07.2019

DR. HUBERTUS KNABE

„Wie Schafe unter Wölfen“

Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn

Im Windschatten der westlichen Friedensbewegung formierten sich Anfang der 1980-er Jahre auch in der Volksrepublik Ungarn verschiedene vom Staat unabhängige Friedensinitiativen. Der Schriftsteller György Konrád hatte 1981 gefordert, dass gerade die kleineren Staaten wie Ungarn mit wirksamen Abrüstungsschritten vorangehen müssten. Deshalb brauche Ungarn eine unabhängige Friedensbewegung, die auch gegenüber der eigenen Regierung kritisch auftrete. In der Folgezeit gründeten Schüler, Studenten und Künstler verschiedene Initiativen, die sich 1982 in den „Friedensgruppen für den Dialog“ zusammenschlossen. Die Gruppen vertraten überwiegend die Meinung, sie müssten einen Weg zwischen der Staatsmacht und der Opposition gehen. Deshalb bemühten sie sich – wenn auch vergeblich – um eine Kooperation mit dem Nationalen Friedensrat. Massive Probleme mit dem Staat bekamen vor allem katholische Wehrdienstverweigerer, die in Ungarn damals zu Haftstrafen verurteilt wurden. Der Beitrag von Dr. Hubertus Knabe, der aus Sicherheitsgründen das Pseudonym Klaus Ehring verwendete, gibt einen Einblick in die damalige Friedensdiskussion in Ungarn. Im Anhang finden sich mehrere Schlüsseldokumente dieser Zeit.

In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 8/1983, S. 597-612.

Klaus Ehring

„Wie Schafe unter Wölfen"

Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn

Die Passanten in der Budapester Einkaufsstraße Váci-útca erlebten eine Überraschung: An einem heißen Sommertag Anfang August 1982 holten zwei etwa 40 Jahre alte Männer aus einer großen Umhängetasche selbstgefertigte Flugblätter heraus und drückten jedem der Umstehenden eines davon in die Hand. In schlecht leserlicher Schreibmaschinenschrift war darauf zu lesen: „Vergessen Sie nicht: es gibt keinen Frieden ohne Freiheit!" Bei den beiden Flugblattverteilern handelte es sich um den oppositionellen ungarischen Schriftsteller Miklós Haraszti, der von den Behörden bereits 1966 wegen nichtoffizieller Aktionen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam einmal belangt worden war, sowie um den Sohn des 1949 in einem stalinistischen Schauprozeß hingerichteten ungarischen Außenministers, László Rajk. Mit ihrem Flugblatt wandten sie sich an die Teilnehmer (einer KP-orientierten Abspaltung) eines internationalen Friedensmarsches, denen die ungarische Regierung einen offiziellen Empfang bereitete: „Sie wurden eingeladen, um den friedliebenden Charakter der Politik der ungarischen Regierung zu bezeugen. Sie müssen hingegen wissen, daß viele Ungarn die Friedensbemühungen ihres Landes bemängeln, zugleich aber nicht das Recht haben, ihre Unzufriedenheit darüber auszudrücken. WIR BITTEN SIE: Werden Sie nicht zum Werkzeug eines Mißbrauchs im Namen des Friedens." (Vgl. den Wortlaut auf S. A 431 dieses Heftes.) Obwohl die rasch alarmierte Polizei die Aktion zu unterbinden suchte, wagte sie es nicht, gegen diese unkontrollierte Meinungsäußerung zum Thema Frieden unter den Augen der Umstehenden mit staatlicher Gewalt vorzugehen. Die Beamten mußten zusehen, wie Haraszti und Rajk ihre Flugblätter vollständig an den Mann brachten, und beschränkten sich darauf, die Personalien der beiden aufzunehmen.

Diese unabhängige Friedenskundgebung ist keineswegs eine Einzelerscheinung, abseits und neben der offiziellen Propaganda formiert sich auch in Ungarn ein kritischer Anti-Militarismus, der besonders unter der Jugend wachsende Popularität genießt. Unter dem Eindruck der plötzlich erstarkten Friedensbewegung im Westen und, stärker noch, des unabhängigen Friedensengagements in der DDR (vgl. dazu: Klaus Ehring/Martin Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982) haben sich vor allem Schüler, Studenten und kritische Intellektuelle dem Friedensthema zugewandt, das bislang immer eher als „ideologisches Eigentum" der Staatsmacht galt. Die unaufhörliche Friedenspropaganda hat auch die ungarische Führung an eine Ideologie gefesselt, deren Einlösung nun teilweise taktisch, teilweise naiv gefordert wird, und über kurz oder lang könnte sie in eine ähnlich komplizierte Lage kommen wie die Staatsführung in der DDR. Denn wie dort ist auch in Ungarn eine unabhängige Bürgerinitiati-

ve für den Frieden nicht vorgesehen, weil sie mit dem ideologischen Anspruch kollidiert, Sozialismus und Frieden seien „wesenseins". Werden solche Initiativen jedoch ausgegrenzt oder verfolgt, verliert die Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit und damit an Bindekraft für die realsozialistische Gesellschaft und ihre Bündnisbewegungen außerhalb.

Friedensbewegung und Opposition

Anders als in der DDR kann eine kritische Auseinandersetzung mit Krieg und Militär in Ungarn kaum auf eigenständige Traditionen zurückgreifen. Im Erscheinungsbild der Gesellschaft spielen die Verteidigungsanstrengungen des Landes eher eine untergeordnete Rolle, selbst der obligatorische Wehrdienst und die begrenzte vormilitärische Ausbildung in den Schulen werden von den meisten Ungarn für vergleichsweise harmlos gehalten. Im Mittelpunkt der inoffiziellen Friedensdiskussion steht darum auch die globalpolitische Situation und die Frage, welchen Beitrag man in *Osteuropa* zum Abbau der Blockkonfrontation und zur weltweiten Abrüstung leisten kann. Zugleich geht es aber auch um die innenpolitische Perspektive, die ein unabhängiges Engagement für den Frieden ermöglichen könnte.

Unter den kritischen Intellektuellen ist das Thema „Friedensbewegung" bereits seit längerem Gegenstand der Diskussion. Als einer der ersten trat im September 1981 der Schriftsteller György Konrád mit einer Stellungnahme hervor, daß gerade die kleineren Staaten mit wirksamen Abrüstungsschritten vorangehen müßten. Ungarn solle doch einen Nichtangriffspakt mit seinen Nachbarstaaten schließen, also auch mit Jugoslawien und Österreich, was die unaufhörlich beschworene äußere Bedrohung deutlich verringern würde. Um solchen Forderungen genügend Nachdruck zu verleihen, brauche das Land eine unabhängige Friedensbewegung, die kritisch auch gegenüber der eigenen Regierung auftrete.

Die Mehrheit der Oppositionellen reagierte aber skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber solchen Vorschlägen, denn das Friedensengagement kommt ihrer Ansicht nach nur der sowjetischen Seite zugute. Weil ein realer politischer Einfluß auf den östlichen Machtblock ohnehin ausgeschlossen sei, könnte die Friedensdiskussion nur die westliche Seite schwächen, was kaum im Interesse der ohnehin politisch ohnmächtigen Opposition liege. Zu den vordringlichen Aufgaben der Dissidenten, so der Soziologe János Kis in der dritten Nummer der im Samisdat erscheinenden Zeitschrift „Beszélö" (Sprecher; Juli 1982), gehöre es vielmehr, die Entwicklung in Polen zu analysieren, zu einer ideologischen Neuverständigung unter den Oppositionellen zu gelangen und die unabhängige politische Tätigkeit im Rahmen der inoffiziellen „zweiten Öffentlichkeit" zu verbreitern.

Solche Skepsis rührt vielfach aus einem überwiegend kritischen Verhältnis gegenüber der westlichen Friedensbewegung, der man vorwirft, vor dem Expansionismus und der hegemonialen Großmachtpolitik der Sowjetunion die Augen zu verschließen. Vor allem seit der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen sind die ohnehin geringen Hoffnungen auf eine Möglichkeit, die Machtstrukturen in Osteuropa von innen her aufzuweichen, in der oppositionellen „Szene" Ungarns nachhaltig zerstört. Das sowjetische Militär wird zunehmend als das Zentrum betrachtet, das die eigene Gesellschaft und den osteuropäischen Block zusammenhält, und Analysen wie die des früheren Lukács-Schülers und Philosophen Mihály Vajda, die dieser unter Rückgriff auf die Untersuchungen von Cornélius Costariadis (Devant la guerre, Paris 1981) im ungarischen Samisdat veröffentlichte, lassen wenig Hoffnungen auf eine Änderung dieses Zustandes.

Eben diese Überlegungen haben jedoch andere Oppositionelle zu der Überzeugung geführt, daß gerade die Friedensdiskussion neue Spielräume eröffnen könnte für eine Veränderung des innen- und außenpolitischen Status quo in Ungarn. So könnte jene

„blockübergreifende Friedensbewegung" mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone „von Polen bis Portugal", die besonders von der englischen Friedensbewegung um den Historiker Edward P. Thompson in die Diskussion gebracht wurde, auch den ostmitteleuropäischen Ländern Möglichkeiten eröffnen, die Festlegungen der Konferenz von Jalta zu überwinden und zu einer größeren Unabhängigkeit gegenüber ihrer Führungsmacht zu gelangen. Die Friedensdiskussion könnte nach Auffassung des Bürgerrechtlers Miklós Haraszti auch zu nationalen Fragen einen völlig neuen Zugang ermöglichen, in denen die ungarische Öffentlichkeit bislang noch völlig ohnmächtig sei. „Unabhängigkeit und außenpolitische Neutralität, Garantie eines gewaltlosen Verhaltens gegenüber allen Staaten der Welt und innenpolitische Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion", so erklärte der Schriftsteller in einem Interview, „das sind mehrheitliche Bestrebungen in Ungarn – nicht nur in der Opposition, sondern in breiten Bevölkerungs- und vielleicht auch in Regierungskreisen." (Auszüge aus dem Interview im Archiv-Teil, S. A 432 ff.)
Auch innenpolitisch tun sich an der Friedensfrage neue Spielräume auf, die einem traditionellen oppositionellen Engagement bisher versagt blieben. Weil eine unabhängige Friedensbewegung nicht einfach als „klassenfeindlich" denunziert werden könne, böte sie eine relativ risikolose Möglichkeit, das unabhängige politische Engagement in Ungarn zu verbreitern. Wie in allen osteuropäischen Ländern sei eine inoffizielle Bürgerinitiative für den Frieden aber immer auch eine Menschenrechtsbewegung, „schon deshalb", so Haraszti, „weil in unserem politischen System eine unabhängige Meinungsäußerung einfach nicht legitim ist".
Kritische Intellektuelle wie György Konrád, Miklós Haraszti oder der ehemalige ungarische Ministerpräsident András Hegedüs bemühen sich darum seit etwa ein bis zwei Jahren, auch in Ungarn eine unabhängige Friedensdiskussion zu fördern. Hegedüs nahm an verschiedenen Konferenzen der Russell-Peace-Foundation teil und versuchte, diese Anstöße nach Ungarn weiterzuvermitteln. Haraszti publizierte in der Samisdat-Zeitschrift „Beszélö", deren Mitherausgeber er ist, wiederholt Beiträge und Materialien zur Friedensdiskussion, so daß Hauptdokumente der europäischen Friedensbewegung (z. B. der Aufruf „Für ein atomwaffenfreies Europa" oder der aus der DDR stammende „Berliner Appell"), Informationen über das christliche Friedensengagement in der DDR und Berichte über das pazifistische Engagement von ungarischen Wehrdienstverweigerern und katholischen Basisgemeinden einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden.

Initiativen von Schülern und Studenten

Auf diesem Hintergrund bildete sich im Herbst 1981 an der Universität Budapest eine unabhängige studentische Friedensgruppe, deren Mitglieder vor allem aus den geisteswissenschaftlichen Fakultäten (Soziologie, Philosophie) und aus dem Kunstbereich kamen. Obwohl einzelne aus ihren Reihen einige Monate zuvor an einer – erfolglosen – Initiative beteiligt waren, ähnlich wie zu diesem Zeitpunkt in Polen eine unabhängige Interessensvertretung der Studenten zu gründen (vgl. dazu Béla Nóvé, István Szent-Iványi: Lábadozni vagy talpra állni? Töprengések az egyetemi demokráciáról, in: Mozgó Világ, 8/1982, S. 119ff.), verstand sich die Initiative keineswegs als „oppositionell". Einige ihrer Mitglieder waren vielmehr im kommunistischen Jugendverband KISZ politisch geschult worden und suchten nun nach einem glaubwürdigeren Engagement für den Frieden.
Aus diesem Kreis kam im Oktober 1981 der Vorschlag, eine Demonstration gegen die Stationierung amerikanischer *und* sowjetischer Mittelstreckenraketen in Europa in Budapest durchzuführen. Nach einer im Studentenparlament der Universität darüber angeregten öffentlichen Diskussion wurde eine Vorbereitungsgruppe beauftragt, mit dem „Ungarischen Nationalen Friedensrat" in Verhandlungen zu treten. Der Friedensrat

reagierte zunächst auch sehr positiv, und die zuständige Sekretärin gab alle nötigen Zusagen, doch wenige Tage später wurden die Abmachungen für nichtig erklärt, weil der Jugendverband KISZ sich eingeschaltet und Protest eingelegt hatte. Die KISZ-Funktionäre organisierten statt dessen eine Woche vor dem für den 17. Dezember geplanten Friedensmarsch eine eigene Veranstaltung, die – mit offiziellen Sprechern, offiziellen Parolen und geladenen Zuhörern – in der neuen Budapester Sporthalle stattfand. Den Studenten wurde angeboten, sich daran zu beteiligen; sollten sie dagegen an ihren Plänen festhalten, hätten sie mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Der Friedenskreis verzichtete darauf ganz auf eigene Aktivitäten und löste sich einige Wochen später vorläufig auf.

Etwa zeitgleich mit dieser Initiative an der Universität Budapest hat sich auch an den weiterführenden Schulen Ungarns eine Gruppe gebildet, die sich „Anti-Nuclear Campaign" (ANC) nennt. Diese von – zum Teil ehemaligen – Oberschülern gegründete Initiative zählte im Juli 1982 zwischen 100 und 150 eingetragene Mitglieder und galt als die größte und zugleich aktivste Friedensgruppe in Ungarn. Ihre Mitglieder sind begeisterte Jugendliche im Alter zwischen 14 und 20 Jahren, die, wie ein friedensengagierter Student in einem Interview erklärte, „immer irgendwo etwas veranstalten". Auf Plakaten, Transparenten und Abzeichen fordern sie die Abschaffung aller Atomwaffen, in den Straßen von Budapest verteilte die „ANC" Flugblätter, die sie zusammen mit Blumen überreichte. An Verkehrsknotenpunkten werden Altersgenossen angesprochen, um über die Ziele der Gruppe zu informieren und neue Mitstreiter zu gewinnen, und in einem innerstädtischen Grünbezirk wurde ein Park „besetzt", in „ANC-Park" umbenannt und zum Versammlungsort der Initiative erklärt.

Im Frühjahr 1982 wollte auch die „Anti-Nuclear Campaign" einen unabhängigen Friedensmarsch durch Budapest veranstalten, doch als die Demonstration bei der Polizei angemeldet worden war, übernahm der Jugendverband KISZ die eigentliche Führung bei der Aktion. Er drängte sich den jugendlichen Friedensengagierten, die zum Teil selber Mitglieder des KISZ waren, als Organisator des Ganzen auf, während die Behörden zugleich verboten, daß Studenten der Universität als Redner zu dem Friedensmarsch eingeladen wurden. Der Jugendverband bestellte Lautsprecherwagen, Transparente, Würstchenstände sowie kostenloses Bier zum verabredeten Treffpunkt und mobilisierte massenhaft seine eigenen Mitglieder sowie die paramilitärische „Junge Garde".

Von den staatlichen Medien wurde die Veranstaltung später als großartige Kundgebung für den Frieden ausgewertet, alle Spuren von Unabhängigkeit waren verwischt worden. Lediglich einer kleinen „Sabotage" aus den eigenen Reihen war es zu verdanken, daß die Hauptforderung der „ANC" – „Laßt uns alle Waffen einschmelzen!" – doch noch eine begrenzte Öffentlichkeit erreichte: Am 11. Mai 1982, zwei Tage nach dem Friedensspektakel, erschien darüber in der Parteizeitung „Népszabadság" ein Bericht, der mit dem Foto einer Gruppe von Jugendlichen illustriert wurde, die eben jene pazifistische Parole und das Kürzel „ANC" durch Budapest trugen.

Neben der Schülerinitiative „ANC" arbeitet seit dem Frühjahr 1982 noch eine kleinere Friedensgruppe von Bildhauern und Künstlern mit dem Namen „Indigo", die Verbindungen sowohl zum staatlichen Friedensrat als auch zu den unabhängigen Initiativen unterhält. Die Mitglieder beschäftigen sich vor allem mit künstlerischen Arbeiten zum Thema Frieden wie die Umwandlung von militärischen Gegenständen in Gebrauchsartikel, die sie auf Ausstellungen in Ungarn und im Ausland vorführen. Zugleich bot die Gruppe den Friedensinitiativen an, Poster, Anstecknadeln und ähnliches anzufertigen. Darüber hinaus hat sich den Berichten zufolge auch an der südungarischen Universität von Szeged eine unabhängige Friedensgruppe gebildet, die im Frühjahr 1982 ebenfalls eine eigene Demonstration durchführen wollte. Doch die lokale Parteiführung, die als hart und stalinistisch verrufen ist, ließ die Mitglieder der Gruppe verhören und setzte sie so sehr unter Druck, daß sie den Marsch wieder absagten.

„Friedensgruppen für den Dialog"

Vertreter dieser verschiedenen Initiativen sowie eine Reihe von Einzelpersonen haben im Juni 1982 erstmals eine Art Aktionskonferenz abgehalten, um einen funktionierenden Kontakt untereinander herzustellen und sich gegenseitig über die eigene Arbeit zu informieren. Bei diesem Treffen wurde auch der Plan gefaßt, mit einer eigenen Abordnung an einem Friedensfestival teilzunehmen, das im August 1982 in Wien veranstaltet wurde. Die ungarischen Behörden verweigerten jedoch die notwendigen Ausreisegenehmigungen und schickten statt dessen eine Delegation des Jugendverbandes KISZ nach Wien, die sich dort als Vertreter der Friedensbewegung des Donaustaates präsentierten. Ferenc Köszegi, einer der Initiatoren des Zusammenschlusses aller unabhängigen Friedenskreise, der sich in der Folgezeit den Namen „Friedensgruppen für den Dialog" gab, protestierte daraufhin gegen dieses Verhalten mit einem Brief, den er an den Sekretär des Nationalen Friedensrates richtete.
Noch im selben Monat Juni traten Mitglieder der „Dialog"-Initiative mit verschiedenen Papieren an eine begrenzte Öffentlichkeit, die erstmals ausführlichere Überlegungen über Ziele und Vorgehensweise der „neuen Friedensbewegung", so die eigene Formulierung, enthielten. Gegen die Blockkonfrontation zwischen den Supermächten, die Europa und einen wachsenden Teil der Dritten Welt in ihren Großmachtskonflikt hineinzögen, wendet sich dabei Ferenc Köszegi in einem Papier, das die Überschrift trägt: „Neuer Realismus statt Nuklear-Realismus" (New Realism or Nuke-Realism). Die Politik der nuklearen Abschreckung mache den Frieden nicht sicher, sondern unsicherer und bleibe für die betroffenen Völker unkalkulierbar, unkontrollierbar und gefährlich. Nicht einmal der Grad der jeweiligen Verantwortung der beiden Supermächte für die Eskalation des Konflikts sei unter den derzeitigen Bedingungen zu bestimmen:

> In Ungarn herrscht das Gefühl vor, daß all die offiziellen Erklärungen über die Denuklearisierung Europas, über den Abbau nuklearer Gefechtsfeldwaffen und über die Strategie des Verzichts auf den Erstschlag nichts zu tun haben mit einem wirklichen Ausweg aus der Gefahr. Eine Nation, die an eine institutionalisierte Friedensbewegung gewöhnt ist, betrachtet das Aufkommen einer unabhängigen Friedensbewegung mit ziemlicher Gleichgültigkeit.

In einem anderen Papier, das auch erstmals einen Überblick über die verschiedenen Friedensinitiativen gibt und den Titel trägt „Die Entstehung der Neuen Friedensbewegung in Ungarn", heißt es: „Man kann eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen den Statements der Politiker beider Blöcke feststellen. Ihr gemeinsames Argument ist zweideutig: Vorgeblich wünschen sie ein vernünftiges Maß an Abrüstung, aber in der Zwischenzeit zeigen sie mit dem Finger auf die anderen. Engstirnige politische Erwägungen werden über die praktischen und vordringlichen Aufgaben der Friedensbewegung gestellt." Die Ungarn hätten sich in der Vergangenheit daran gewöhnt, daß ihr Schicksal außerhalb des Landes entschieden würde. Deshalb sei es wichtig hervorzuheben, welche Rolle Friedensinitiativen kleinerer Länder spielen könnten. Gegen den Zynismus und die Skepsis müsse die Friedensbewegung ihre eigenen Gedankengänge stellen.
Erste Vorschläge hierzu von ungarischer Seite, die im Kontext ähnlicher Forderungen im Westen gemacht würden, werden in dem Dokument wie folgt formuliert:

1. Ein atomwaffenfreies Osteuropa als erster Schritt in Richtung auf eine atomwaffenfreie Welt.
2. Die Abrüstungsgespräche zwischen den Blöcken sind erfolglos geblieben. Es wäre nützlich, eine freiwillige individuelle Abrüstung zu initiieren. Das

heißt, daß einzelne in den Blöcken sich selbst entwaffnen, so daß zum Beispiel ein ungarischer Soldat die Armee verließe, wenn ein belgischer Soldat dasselbe tut: eine Art „Soldatenaustauschprogramm". Das würde die Verantwortung des einzelnen unterstreichen und könnte durch eine internationale Sondereinheit, die für diesen Zweck gebildet würde, kontrolliert werden.

3. Vielleicht wird die Sache des Friedens die erste Gelegenheit, die Europäer ergreifen, um sich in enger Partnerschaft zu vereinigen.

Neben solchen Ansätzen zu programmatischen Vorstellungen werden in dem Papier auch Überlegungen angestellt, welche Kräfte das unabhängige Friedensengagement in Ungarn fördern bzw. behindern könnten. Die Mehrheit der Friedensaktivisten sucht nicht den Konflikt mit der Staatsmacht, sondern ist von der Möglichkeit einer offiziellen Duldung oder sogar einer begrenzten Kooperation zum Beispiel mit dem Nationalen Friedensrat überzeugt. Zwar wird darauf verwiesen, auf welch rechtlich unsicherem Boden die unabhängigen Initiativen in Ungarn stünden, doch ein repressives Vorgehen gegen sie, so hält man den Behörden vor, wäre „gleichzeitig ein großer Schlag gegen die westliche Friedensbewegung, der den militaristischen Kräften dort eine machtvolle Propagandawaffe liefert, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen". Der Staat und der Nationale Friedensrat sollten das unabhängige Friedensengagement nicht bekämpfen oder zu manipulieren versuchen, sondern praktisch unterstützen. Schließlich gebe es viele gemeinsame Ziele, der Friedensrat sei lediglich „ein bißchen schwerfällig und bürokratisch, und das schreckt die Jugend ab".

Dieser Konzeption eines Verhältnisses zu den offiziellen Institutionen, das sowohl auf Eigenständigkeit als auch auf Kooperation beruht, entspricht auf der anderen Seite eine deutliche Abgrenzung gegenüber der Opposition. „Die Versuche der Oppositionellen, prominente Plätze innerhalb der entstehenden Friedensbewegung zu gewinnen, könnten für die Bewegung selber von großer Gefahr sein." Wenn die Bewegung damit identifiziert würde, in erster Linie oder selbst in zweiter Linie eine Bewegung der politischen Opposition zu sein, würde dies mit Sicherheit einen Rückgang der Unterstützung durch breite Bevölkerungskreise bedeuten. „Kurz gesagt", so das Papier aus dem Friedenskreis, „die neue Friedensbewegung muß allen Kräften aus dem Weg gehen, die nicht selber den Charakter von Massenunterstützung haben." Darum brauche man auch ein „eigenständiges politisches Profil, das von der offiziellen Linie ebenso unabhängig ist wie von derjenigen der Opposition. Die neue Bewegung muß ihren eigenen Standpunkt einnehmen zu den miteinander verbundenen Fragen der Abrüstung, des Wettrüstens und einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die die Interessen der Dritten Welt respektiert".

Solche Auffassungen finden allerdings auch innerhalb der Friedensinitiativen keine ungeteilte Zustimmung, weil eine Reihe von Mitgliedern selber aus dem Milieu der intellektuellen Opposition des Landes stammt. Zudem halten viele es für notwendig, die eigenen Vorstellungen zu konkretisieren und sichtbare Schritte auch von der eigenen Regierung zu verlangen, was die „Friedensgruppen für den Dialog", auch wenn sie den Konflikt mit der Staatsmacht vermeiden wollen, fast automatisch in eine Oppositionsrolle drängen würde. So sollte auf einem ursprünglich für Oktober 1982 geplanten, dann aber verschobenen unabhängigen Friedenskongreß in Budapest eine Deklaration verabschiedet werden, die auch die Forderung nach Schaffung eines zivilen Wehrersatzdienstes, den die ungarische Regierung bislang nur den Mitgliedern einer kleinen christlichen Sekte zugesteht, sowie nach einer Senkung der Rüstungsausgaben beinhaltet. Einige Mitglieder der Gruppe halten außerdem die Friedensproblematik als alleinige programmatische Grundlage der politischen Arbeit nicht für weitreichend genug, das eigene Fundament müsse durch andere Fragen wie die Ökologieproblematik oder die Frage der Menschenrechte erweitert werden.

Bislang jedoch ist die Mehrheit der Initiative der Meinung, daß die gerade begonnene Arbeit mit solchen heiklen Fragen nicht von vornherein gefährdet werden solle. Konkrete Forderungen wie die nach dem Recht auf Wehrdienstverweigerung seien nur dann sinnvoll zu stellen, so die Gruppe gegenüber einem „Reuter"-Korrespondenten, wenn es eine Massenbewegung dafür gebe (Reuter, Wien, 19.11.1982). Hauptziel der Initiative sei es, den Dialog zu vermitteln: den Dialog zwischen Ost und West, den innerosteuropäischen Dialog zwischen unabhängigen Friedensgruppen sowie mit den offiziellen Friedensorganisationen und schließlich den Dialog zwischen den verschiedenen Initiativen und politischen Kräften in Ungarn.

Ganz im Zeichen eines Kooperationsangebotes gegenüber den offiziellen Institutionen stand auch das zweite Zusammentreffen der „Friedensgruppen für den Dialog", das am 27. Juli 1982 in einer Budapester Privatwohnung stattfand. Zu der Sitzung, an der über 40 Personen teilnahmen, waren nicht nur die Mitglieder der „ANC", der Gruppe „Indigo" und anderer Friedensinitiativen eingeladen worden, sondern auch ein Vertreter des staatlichen Friedensrates und die leitende Professorin der marxistischen Fakultät der Universität Budapest, Eva Anczel, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten und jedem Verdacht, daß hier eine geheime Oppositionsgruppe am Werk sei, den Boden zu entziehen. Aber auch gegenüber den ungarischen Dissidenten zeigte man keine Berührungsängste; aus ihren Reihen nahmen der ehemalige Ministerpräsident András Hegedüs und der oppositionelle Philosoph Sandór Radnoti teil. Darüber hinaus waren auch zwei Vertreter aus der christlichen Friedensarbeit in der DDR zugegen, zu denen man erste Kontakte geknüpft hat.

Das Treffen sollte nicht nur dem „Dialog" zwischen diesen unterschiedlichen Interessensgruppen dienen, sondern auch der Selbstverständigung über die gemeinsamen programmatischen Vorstellungen. Der Vorschlag, eine allgemeine Plattform aller unabhängigen ungarischen Friedensinitiativen zu formulieren und eine Art Führungsgremium zu bestimmen, in dem die Hauptlinien konkreter Aktionen beschlossen und anstehende Probleme im Namen aller verbindlich diskutiert würden, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Die derzeitigen beweglichen Entwürfe, so hieß es während der Sitzung, seien besser als eine endgültige Plattform und Organisationsstruktur, die die Initiativen auf einen aussageschwachen „Minimalkonsens" festlegen würden.

Was die praktische Arbeit anbetrifft, einigten sich die „Dialog"-Gruppen auf das Vorhaben, in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Friedensrat ein „Friedenszentrum" in Budapest zu schaffen, in dem ein Klub, eine Bücherei und das Zentrum der Friedensgruppen untergebracht werden sollten. Als Forum für praktische Aktivitäten und für eine theoretische Selbstverständigung wurde die Herausgabe eines „Friedensjournals" beschlossen, über das mit dem Nationalen Friedensrat verhandelt werden sollte.

Daß die offiziellen Institutionen zumindest derzeit kaum an einer solchen Zusammenarbeit interessiert sind, zeigte sich jedoch in der knappen Äußerung des Vertreters des Staatlichen Friedensrates auf dieser Sitzung, daß es keine Hoffnung auf eine breite Übereinstimmung gebe. Auch die Gespräche in den darauffolgenden Wochen blieben, obwohl der Gruppe zwischenzeitlich immer wieder Versprechungen gemacht wurden, alle ohne Ergebnis. Zum offenen Konflikt kam es im September 1982, als der englische Historiker Edward Thompson einen Besuch in Budapest machte. Der Nationale Friedensrat machte dem Initiator der englischen Friedensbewegung das Angebot, in einer geschlossenen Veranstaltung einen Vortrag an der Universität zu halten, der sogar im Fernsehen übertragen würde. Doch Thompson weigerte sich zuzusichern, keinen Kontakt zu den unabhängigen Friedensgruppen aufzunehmen, und drängte auf eine Erweiterung des Teilnehmerkreises. Nach wochenlangen Verhandlungen zog der Friedensrat schließlich seine Einladung zurück, und Thompson konnte seinen Vortrag nur noch vor einem kleinen Kreis in einer Privatwohnung halten. (Vgl. END Special Report: The New Hungarian Peace Mouvement, London 1983, S. 35 ff.)

Obwohl auch in der Folgezeit die Gespräche mit offiziellen Vertretern bis hin zu dem Politbüro-Mitglied György Aczél weitergeführt wurden, waren die „Friedensgruppen für den Dialog" bei einer dritten Zusammenkunft, am 13. Oktober 1982, skeptisch, ob überhaupt Aussichten auf eine praktische Zusammenarbeit mit dem Friedensrat bestehen. Dessen Interesse scheint es nämlich zu sein, die Friedensinitiative zwar nicht gänzlich der Opposition zu überlassen, ohne jedoch Schritte zu einer echten Kooperation zu unternehmen. Auch gegenüber dem westlichen Ausland will man den Eindruck vermeiden, die ungarischen Behörden wendeten sich mit Repressalien gegen das unabhängige Friedensengagement im eigenen Land. So erklärte der Generalsekretär des Nationalen Friedensrates, Bárna Sarkadi Nagy, gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter, daß seine Institution keinerlei Einwand gegen die Initiative erhebe. In einigen Punkten stimme man mit ihr überein, und „wenn sie unabhängig sein wollen, lassen Sie sie unabhängig sein". Allerdings sehe er dazu keinen Anlaß: „Die Tatsache, daß wir die Politik der Regierung unterstützen, bedeutet nicht, daß wir *nicht* unabhängig sind. In der Vergangenheit waren wir aber zufrieden mit dem, was die Regierung für die Sicherung des Friedens getan hat."

Ende November 1982 organisierte der Nationale Friedensrat sogar einen Abend, auf dem sich die „Friedensgruppen für den Dialog" vorstellen konnten. Doch Zugeständnisse machte er bisher nicht. Dies würde auch jener härteren Gangart widersprechen, die die ungarische Führung zumindest derzeit gegenüber der intellektuellen Opposition des Landes angeschlagen hat: Mitte Dezember forderte das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) „schärfere Maßnahmen" gegen die Dissidenten, und in der Parteizeitung „Népszabadság" (11. 12. 1982) erschien ein umfangreicher Leitartikel des stellvertretenden Chefredakteurs Péter Rényi, der die ungarischen Oppositionellen und namentlich den Schriftsteller György Konrád beschuldigte, hinter ihnen stünde „ein enormes Arsenal, eine außergewöhnlich große Macht, das gesamte sozialismusfeindliche und antikommunistische Potential und Reserveheer des Westens". György Konrád zählt zu den Initiatoren und offenen Befürwortern des unabhängigen Friedensengagements, und in der Nacht vom 14. zum 15. Dezember 1982 traf der Bannstrahl auch den Flugblattverteiler von der Váci-útca, László Rajk, sowie den Mitherausgeber der Samisdat-Zeitschrift „Beszélö", Bálint Nagy. Zusammen mit vier weiteren Oppositionellen wurden beide von der Polizei vorübergehend festgenommen. Hausdurchsuchungen fanden statt, zahlreiche Schriften und ein Vervielfältigungsapparat wurden beschlagnahmt, und an Rajk erging eine Verfügung, daß er seine in der Innenstadt gelegene Wohnung, in der er eine „Samisdat-Boutique" betrieb, räumen müsse. Ende März 1983 wiederholte sich der Vorgang, wieder wurden Wohnungen durchsucht und erstmals auch Verfahren gegen die Inhaber eingeleitet.

Schließlich zitierte auch die ungarische Nachrichtenagentur MTI Mitte Januar 1983 einen offiziellen Kommentator mit den Worten, der Slogan, „eine wirkliche Friedensbewegung muß eine regierungskritische Oppositionsbewegung sein", sei falsch und irreführend. Wahre Verfechter des Friedens sollten wissen, welche Regierungen und Militärbündnisse an der Rüstung interessiert seien und militärische Überlegenheit erlangen wollten und welche die gemeinsame Sicherheit auf einem niedrigeren oder sogar einem völlig auf Null reduzierten Rüstungslevel anstrebten und deshalb an aktuellen Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen interessiert seien. „Aus diesem Grund kann es keine ‚unabhängige' Friedensbewegung geben [. . .] Was zählt ist, daß sie für Frieden einsteht und sich den Feinden des Friedens widersetzt, wie immer diese sich auch verkleiden mögen." (MTI, 15. 1. 1983)

Diese Entwicklung scheint den Auffassungen des Schriftstellers Miklós Haraszti Recht zu geben, der eine praktische Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen Initiativen und den offiziellen Institutionen für ausgeschlossen hält. Das Maximum sei eine Tolerierung ihrer Arbeit durch die Polizei.

> Aber Restriktionen durch die Schulen oder Firmen, wo diese Leute arbeiten, sind zu erwarten, das ist das normale Niveau der Repression im heutigen Ungarn. Es ist zwar auf sein liberales Image in der westlichen Welt angewiesen, aber das ist kein Grund, Freundschaft zu schließen zwischen diesen Bestrebungen und der staatlichen Friedenspropaganda, die nur zur Unterstützung der sowjetischen Friedensvorstellungen ins Leben gerufen wurde, also eine Art Propagandaabteilung der Roten Armee ist.

So ist es nur folgerichtig, daß die Initiative „Friedensgruppen für den Dialog" sich zunehmend auf eigene Aktivitäten konzentriert, die unabhängig vom Nationalen Friedensrat durchgeführt werden können. So will man die geplante Zeitschrift nun voraussichtlich in eigener Verantwortung, also im Samisdat, erscheinen lassen, was für die redaktionelle Herstellung, den Druck und den Vertrieb allerdings erhebliche Anstrengungen erforderlich macht. Inzwischen hat man auch eine Ansteckplakette herstellen lassen, die das Symbol der englischen „Campaign for Nuclear Disarmament" (CND) in den ungarischen Farben zeigt und in deren Mitte zwei miteinander verbundene Hände abgebildet sind, die eine Blume halten – Symbol für den Willen zum Dialog. Etwa 600 Personen sollen diese Plakette mittlerweile tragen, so viele sind es auch, die die Gruppe allein in Budapest zu ihren Unterstützern rechnet. Zwanzig bis dreißig Personen zählen zu den festen Mitarbeitern der Initiative, das Zehnfache dieser Anzahl sei bei öffentlichen Veranstaltungen der Gruppe zu erwarten.

Diese Zahlen nannte die Initiative Mitte November 1982 auf einer Sitzung, bei der sie auch über ihre neuesten Aktivitäten berichtete. So hätten sich einige ihrer Mitglieder an einer offiziellen Friedensrallye für Medizinstudenten mit einem Plakat beteiligt, auf dem zu lesen stand: „Verteidigt uns nicht mit Atomwaffen!", was den Jugendverband KISZ zu dem Vorwurf veranlaßte, diese Parole sei antisowjetisch. Unter anderem habe die Initiative auch eine Arbeitsgruppe zum möglichen Stationierungsort westlicher Mittelstreckenraketen in Italien, Comiso, gebildet; ähnliche Proteste wie dort seien in Osteuropa aber sehr viel schwieriger, weil man – wie in der Bundesrepublik – die potentiellen Standorte nicht kenne. Schließlich stand auf der Sitzung auch zur Diskussion, wie man eine unabhängige Friedensgruppe in der Provinz unterstützen könne, die Schwierigkeiten mit der Polizei bekommen hat.

Für westliche Beobachter aufsehenerregend dürften auch die Bemühungen der Initiative um einen internationalen Dialog sein: Einige ihrer Vertreter nahmen im November 1982 an der von den evangelischen Kirchen in der DDR veranstalteten „Friedensdekade" teil und bauten damit die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten im eigenen Block aus. Im selben Monat beteiligte sich die Gruppe mit einem eigenen Beitrag an einem friedenspolitischen Seminar in Athen, das vom holländischen „Interkirchlichen Friedensrat" (IKV) durchgeführt wurde. Schließlich wollten die ungarischen Friedensengagierten auch an der Mitte Mai in Berlin (West) stattfindenden „2. Europäischen Konferenz für nukleare Abrüstung" teilnehmen, doch die ungarischen Behörden gestatteten ihnen nicht die Ausreise zu diesem Zweck. Kurz zuvor – am 7. Mai 1983 – bildeten die „Friedensgruppen für den Dialog" jedoch einen unabhängigen Demonstrationsblock von etwa 450 Teilnehmern, mit dem sie sich an einen Kundgebungszug des Nationalen Friedensrates durch Budapest anhängten. Auf Spruchbändern verlangten sie: „Alle Nuklearraketen raus aus Europa" und „Wir wollen leben, arbeiten, studieren und uns lieben – auch 1983" und stellten anschließend in einem Happening auf der Margareten-Insel das Massensterben bei einem Atomangriff dar. Die Polizei griff nicht ein.

Die überwiegend studentischen Vertreter der „Dialog"-Gruppe haben sich darüber hinaus inzwischen mit eigenen und theoretisch vertieften Vorschlägen zur Friedensdiskussion beschäftigt, insbesondere mit der Frage, wie aus ungarischer Sicht der Weg zu einem atomwaffenfreien Europa aussehen könnte. In einem auf der Athener Friedenskonfe-

renz vorgelegten Papier der Initiative (veröffentlicht in: atomwaffenfreies Europa, 4/5, 1983, Berlin [-West], S. 58ff.) schlagen Dezsö Miklós und Ferenc Ruzsa verschiedene Schritte zum Abbau der Atomwaffen in Ungarn vor und fragen überdies nach den Möglichkeiten der Friedensbewegung, diese Pläne zu fördern. Ein erster Schritt, so heißt es da, sollte sein, „daß Ungarn amtlich erklärt, es beabsichtige, seinen derzeitigen, tatsächlich atomwaffenfreien Status für immer aufrechtzuerhalten", was „natürlich auch das Verbot des Transportes einschließen" würde. Gleichzeitig sollten alle Atommächte aufgefordert werden, den atomwaffenfreien Status Ungarns anzuerkennen und sich zu verbürgen, gegen dieses Land weder Nuklearwaffen einzusetzen noch damit zu drohen. Ein zweiter Schritt bestünde im Abbau aller in Betrieb befindlichen nuklearen Trägersysteme oder in deren Austausch durch konventionelle Systeme. „Ungarn sollte erklären, daß es zwar seine durch den Warschauer Vertrag eingegangenen Verpflichtungen erfüllen will, aber voll und ganz und bedingungslos jegliche Möglichkeit zur Verteidigung mit Atomwaffen ablehnt, die der Pakt ihm gegebenenfalls anböte."

Solche Forderungen zeugen von dem ausgesprochenen Bemühen um *realistische* Strategien, aus dem Status quo der Blockkonfrontation herauszukommen, die – wie andere kritische Bürgerbewegungen in Osteuropa auch – den geringen Handlungsspielraum ihrer nationalen Regierungen mitzureflektieren suchen. Erst als dritter und vierter Schritt werden der Abzug aller fremden Truppen und der Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag gefordert, jene Zielvorstellungen also, die noch im Aufstand von 1956 an erster Stelle standen. „Zumindest zweifelhaft ist es, ob die politischen Bedingungen des Warschauer Paktes einen einseitigen Schritt dieser Tragweite gestatten würden, aber er scheint doch realisierbar zu sein, wenn von amerikanischer Seite ein ähnlich symbolischer Rückzug durchgeführt würde."

Das Nahziel eines atomwaffenfreien Ungarns diskutieren die Autoren des Papiers auch in Zusammenhang mit anderen Konzepten einer solchen denuklearisierten Zone, namentlich werden der Balkan (Bulgarien, Griechenland, Rumänien), Mitteleuropa (Österreich, Schweiz) oder der Rapacki-Plan von 1957 (DDR, Bundesrepublik, Tschechoslowakei, Polen) genannt. Ungarn könne sich hier anschließen und damit einen bedeutenden Beitrag zu einer wirklichen militärischen Entspannung leisten. „Wenn man die Situation betrachtet", so heißt es an einer Stelle, „daß die Stationierung von Atomwaffen in Grenznähe es im Kriegsfalle erfordert, sie abzufeuern, bevor der Feind sie in die Hände bekommt, dann würde ein breiter atomwaffenfreier Streifen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion viel mehr Zeit und Spielraum für Verhandlungen bedeuten, bei denen es darum geht, die Eskalation eines eventuellen Krieges in einen Atomkrieg zu verhindern."

Zur praktischen Durchsetzung eines atomwaffenfreien Ungarn schlagen die Autoren vor, dieses Ziel in einer „breiten Öffentlichkeit deutlich zu machen – auf Plakaten, mit Spruchbändern und in Artikeln". Man müsse bedeutende Persönlichkeiten gewinnen, den Nationalen Friedensrat und die Patriotische Volksfront informieren „und – falls die Propaganda breit genug ist – [...] kollektive Petitionen einreichen". Um das Vorhaben noch mehr publik zu machen, könnte die Schaffung von atomwaffenfreien Städten oder Regierungsbezirken vorgeschlagen werden. Sollte die Friedensgruppe keine Möglichkeit zur Einflußnahme auf die ungarische Regierung erhalten, sollte die Friedensbewegung im Westen die Vorschläge öffentlich machen und ihre eigenen Regierungen dazu bringen, auf diplomatischem Wege die Einbeziehung Ungarns in eine atomwaffenfreie Zone zu bewirken.

Pazifismus in der katholischen Kirche

Anders als in der DDR ist die unabhängige Friedensdiskussion unter Schülern, Studenten und kritischen Intellektuellen nahezu ausschließlich im weltlichen Milieu herangereift und rührt nicht etwa aus einem christlichen Bekenntnis zu Gewaltlosigkeit und friedensstiftendem Handeln. Dennoch hat sich auch in kirchlichen Kreisen ein religiöser Pazifismus herausgebildet, der sich jedoch gegen Staat und Kirchenhierarchie gleichermaßen verteidigen muß. Gemeint sind – neben kleineren christlichen Sekten wie den Nazarenern oder den Mennoniten – fundamentalistische Basisgemeinden, die sich in der größten ungarischen Glaubensgemeinschaft, der katholischen Kirche, bereits unmittelbar nach Kriegsende herausgebildet haben. Rund hundert dieser Basisgemeinden, die jeweils zwischen 20 und 30 Mitglieder haben und denen vielfach junge Menschen angehören, rechnen sich einem ihrer markantesten geistlichen Führer, dem Piaristenpater György Bulányi, zu, der die möglichst wortgetreue Befolgung des Evangeliums, die nach Armut und Bescheidenheit strebende, macht- und gewaltlose Nachfolge Christi predigt. „Als Jesus von Nazareth Mensch geworden war", schrieb Pater Bulányi über sein Verständnis von den Aufgaben des Christen,

> begann er, das Reich Gottes auf Erden zu verkünden; er erfüllte die Herzen seiner Jünger mit Hoffnung, daß das Reich Gottes nahe sei, d.h. daß die Jünger mit der Hilfe Gottes in seiner Kirche schon auf Erden ein irdisches Abbild des ewigen Reiches verwirklichen können. Sie dürfen in ihrem Erdendasein keinerlei Macht verkörpern; sie sollen sein wie die Kinder, sie sollen trachten, hintenanzustehen, sich im Hintergrund zu halten. Sie dürfen keine materiellen Reichtümer besitzen, sondern sollen nach Armut streben. Unter gar keinen Umständen dürfen sie ihre Mitmenschen, die ja Gott nach seinem Ebenbild geschaffen hat und die somit Christus in sich tragen, umbringen; vielmehr müssen sie bemüht sein, sanft und wie die Schafe unter Wölfen zu sein. (UKI-Pressedienst, Wien, Nr. 22, Januar 1982, S. 5)

Die „Bulányisten", die ihre Erneuerungsbewegung „Der Strauch" nennen, weil sie wie ein weitverzweigtes Netz kleiner selbständiger Gruppen arbeitet, lehnen jede Art des Militarismus und jede Ideologie der Selbstverteidigung ab, weil man ihrer Ansicht nach nur auf diese Weise aus dem Teufelskreis ausbrechen kann, der die Menschheit in ihre eigene Vernichtung führe. Sie schlagen eine neue Auffassung vom Krieg, vor allem dem Nuklear-Krieg gegenüber, vor und fordern die Kirche dazu auf, Lehren zu ziehen aus ihrem Versagen im Zweiten Weltkrieg, wo sie das mit dem deutschen Nationalsozialismus verbündete feudalistisch-autoritäre Horthy-Regime unterstützte. Die Kirche müsse jeder Militärmaschinerie ihre Zustimmung entziehen und das Recht erkämpfen, den Wehrdienst zu verweigern.

Mit solchen Auffassungen ziehen sich die Basisgruppen unweigerlich die Kritik der staatlichen Behörden zu, die deren Mitglieder noch bis in die 1970er Jahre polizeilich verfolgen ließ. Jahrzehntelang galten diese christlichen Gemeinschaften als „staatsfeindlich", allein ihr geistiger Führer, Pater Bulányi, verbrachte über zehn Jahre seines Lebens in Haft. Eine Wende in der Behandlung der Basisgemeinden trat erst im Jahre 1976 ein, als die ungarische Regierung im Zusammenhang mit der Übernahme der UN-Resolution über die Respektierung der bürgerlichen und politischen Rechte eine Art „Toleranzerlaß" verabschiedete, der das gemeinschaftliche Beten im privaten Kreis erstmals wieder ungehindert gestattete. Zugleich übertrug der Staat aber die Aufsicht über die Basisgruppen nunmehr dem katholischen Episkopat unter seinem neu ernannten Erzbischof-Primas, Kardinal Lékai, und erwartete ein strenges Vorgehen gegen alle Ak-

tivitäten, die der gesetzmäßigen Ordnung widersprächen. Seit diesem Zeitpunkt setzen die Behörden die katholische Hierarchie beständig unter Druck, gegen unkontrollierte Aktivitäten katholischer Christen vorzugehen, die, wie der Leiter des Staatlichen Kirchenamtes, Imre Miklós, in der Parteizeitung „Népszabadság" (20.2. 1982) erklärte, sogar „regierungsfeindlichen Charakter" annähmen: „Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn Streit um die kirchliche Lehre als Vorwand dient, um politische Bestrebungen zu bemänteln, und wenn dabei gegen Gesetze des Staates verstoßen wird."

Kirchliche Sanktionen gegen Basisgemeinden

Tatsächlich ging die katholische Hierarchie mit zunehmender Unnachgiebigkeit gegen die Fundamentalisten in ihren Reihen vor, doch sie begründete dies nicht mit der ihr vom Staat zugedachten Aufsichtspflicht, sondern berief sich auf ihr „apostolisches Amt" und den Führungsanspruch des Episkopats. Aus diesem Grund geriet vor allem die Überzeugung der Bulányisten in das Feuer der Kritik, daß die Kirche von der seit 2000 Jahren angesetzten Herrschaftskultur befreit werden müsse. So hieß es beispielsweise in einer Studie aus den Basisgruppen:

> Entweder wir schaffen es, Liebesgemeinschaften zustandezubringen, die nicht biologisch (auf den Banden des Blutes basierend), nicht politischen Charakters sind, sich nicht bereichern, nicht Gewalt anwenden wollen und auch nicht nach Macht streben, oder aber wir sind zu nichts anderem mehr nutze als dazu, einen belanglosen, liturgieproduzierenden Betrieb, nach welchem immer weniger Nachfrage besteht, am Leben zu erhalten. Als Gott in seiner Menschwerdung auf Erden weilte, erhielt er keinen Kirchenbetrieb aufrecht, in dessem Rahmen er Sakramente oder Sakramentalien gespendet hätte. Er saß nicht zu Hause und wartete, wer wann Zeit finden würde, ihn aufzusuchen ..." (UKI-Pressedienst, Wien, Nr. 22, Januar 1982, S. 8f.)

Die Beziehungen zwischen der Amtskirche und den Basisgemeinden verschlechterten sich dramatisch, als ein Mitglied der Bulányi-Gruppen, ein junger Akademiker, unter Berufung auf sein Gewissen den Wehrdienst verweigerte und im September 1979 zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Eine Gruppe katholischer Priester und Gläubige richteten erstmals eine Eingabe an die Bischofskonferenz, daß sie sich im Sinne des II. Vatikanischen Konzils für einen zivilen Wehrersatzdienst in Ungarn einsetzen solle, was den Basisgemeinden den Vorwurf der „Aufwiegelung" einbrachte. Der Primas der katholischen Kirche, Kardinal Lékai, machte daraufhin den Vorschlag, Pater Bulányi möge von seinen Ordensvorgesetzten ins Ausland versetzt werden. Und bei einer Messe, die der Kardinal zu Pfingsten 1980 erstmals auf einem Landestreffen der kirchlichen Kleingruppen zelebrierte, forderte er sie auf: „Folgt dem Wunsch eurer lokalen Hierarchie. Es bedarf keiner großen Erklärungen, daß die marianischen Andachten, Litaneien und Meditationen ein Bedürfnis eurer Gemeinschaft sind, aber kommt diesen geistigen Übungen in der Kirche nach."
Ein Jahr später nahm der Primas gar nicht mehr erst an diesem Treffen teil, weil die konzelebrierenden Priester es ablehnten, eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich von einer Reihe von Leitsätzen der Basisgemeinschaften distanzieren sollten. Statt dessen erhob er in einer Rede im Juli 1981 den Vorwurf: „Die Basisgemeinden scharen sich immer mehr um eine Führergestalt, der sie blindlings gehorchen; und sie wollen eine Kirche innerhalb der Kirche bilden."
Im August 1981 erklärte Kardinal Lékai dem Kaplan der Budapester Rosenkranz-Pfarrei, László Kovács, der sich besonders im Umgang mit Jugendlichen und katholischen

Basisgemeinden engagierte, daß seine Versetzung aus der Hauptstadt notwendig geworden sei. Diese Maßnahme ging vermutlich auf den Druck des Staatlichen Kirchenamtes zurück, das in kirchlichen Angelegenheiten sehr weitreichende Befugnisse hat und Kovács' Eintreten für Pazifismus und Wehrdienstverweigerung insbesondere gegenüber jungen Christen mit wachsendem Unbehagen beobachtete. Als der Kaplan wenige Tage später bei einer Wallfahrt nach Hajós vor rund 700 Jugendlichen sprechen sollte, erteilte ihm der Primas der katholischen Kirche Redeverbot. László Kovács äußerte jedoch die Vermutung, daß diese Maßnahme auf staatliche Weisungen zurückging, und forderte die Jugendlichen auf, darüber abzustimmen, ob er trotzdem vor ihnen sprechen sollte. Die Mehrheit befürwortete dies, und Kovács hielt wie vorgesehen seine Ansprache, in der er sich auch diesmal für einen grundsätzlichen Gewaltverzicht und für eine Absage der Christen an „militärisches Gehabe" einsetzte.

Am 6. September 1981 wurde der Kaplan dann vor das Diözesangericht zitiert, das ihm neben „disziplinären Verstößen" auch seine Äußerungen zur Frage des Wehrdienstes vorwarf. Die Kirchenleitung entschied, László Kovács für sechs Monate von seinem Priesteramt zu suspendieren und ihm den Aufenthalt auf dem zur Erzdiözese Esztergom gehörenden Territorium der ungarischen Hauptstadt zu untersagen; nach Ablauf dieser Frist habe er seinen seelsorgerlichen Dienst in dem kleinen, durch eine Haftanstalt bekannt gewordenen Dorf Marianosztra auszuüben, das er nur mit Genehmigung des örtlichen Pfarrers und bei Angabe des Reiseziels verlassen dürfe.

Diese Maßnahme löste jedoch innerhalb der katholischen Kirche heftige Auseinandersetzungen aus, die dadurch noch verstärkt wurden, daß der Primas des Landes in einer Rede anläßlich der Jubiläumsfeierlichkeiten zum 125jährigen Bestehen des Esztergomer Domes am 6. September 1981 die Basisgruppen auch öffentlich mit scharfen Worten angriff und die Christen dazu aufforderte, die ordnende Macht des Staates nach allen Kräften zu unterstützen. „Es gibt einige unter uns", sagte der Kardinal über die Basisgemeinden, „sowohl unter den Laien als auch unter den Priestern, die meinen, der Heilige Geist erleuchte sie in ganz spezieller Weise: in einer gegensätzlichen Weise zu den Lehren und zur bestehenden Ordnung der Kirche. Sie bringen Unruhe in das Leben der Gläubigen. Gewährt den Kirchenzerstörern keinen Einlaß in eure Seelen." Und zur Frage des Pazifismus meinte er:

> In meiner Eigenschaft als Primas des Landes muß ich mit tiefer Sorge feststellen, daß einige Priester und Gläubige unsere wehrpflichtige Jugend zur Wehrdienstverweigerung ermutigen. Und sie tun dies, indem sie sich auf die Heilige Schrift und die Lehre der Kirche berufen, so daß unsere Jugendlichen ausgerechnet aufgrund des katholischen Glaubensbekenntnisses den Militärdienst entschieden verweigern. Und mit Bestürzung hören wir, daß es Jugendliche gibt, die diesen Worten Folge leisten. (Uj Ember, 20. 9. 1981)

An die Bischöfe richtete sich daraufhin eine Flut von Protestbriefen aus allen Teilen des Landes, in denen sowohl einfache Gläubige als auch einzelne Priester der katholischen Hierarchie vorwarfen, diese neue Gewissensbewegung innerhalb der Kirche ersticken zu wollen, anstatt sie zu ermutigen. „Es wird schwer sein, aus den Schwertern Pflugscharen zu schmieden", schrieb beispielsweise ein Ehepaar aus Érd an ihren Bischof, „wenn sich denjenigen, die daran arbeiten, die Disziplin der Kirche entgegenstellt." Und eine Frau formulierte: „Wegen unserer Engherzigkeit haben wir in der Vergangenheit die Arbeiter verloren. Wenn wir aus dieser schweren Erkenntnis klug werden wollen, sollten wir wenigstens jetzt unser kirchliches Leben erneuern, damit wir nicht auch noch alle friedliebenden Menschen verlieren." (In englischer Sprache nachzulesen in: Religion in Communist Lands, Vol. 11, No. 1, Spring 1983, S. 95 ff.)

Obwohl die Proteste und Entgegnungen – im Gegensatz zur Rede des Kardinals – in der einzigen katholischen Wochenzeitung Ungarns, „Uj Ember" (Der neue Mensch), nicht

veröffentlicht wurden, erreichten sie einen relativ großen Bekanntheitsgrad über den inoffiziellen katholischen Samisdat; diese „zweite Öffentlichkeit" innerhalb der Kirche hat eine jahrzehntelange Tradition und übersteigt in ihrem Umfang vermutlich noch den weltlichen Samisdat. Religiöse Schriften, aber auch pazifistische Texte, Eingaben oder Briefe von Wehrdienstverweigerern sowie das Urteil gegen Kaplan Kovács, sein Protest an den Vatikan und seine Predigt in Hajós werden von engagierten Christen abgeschrieben, sauber gebunden und häufig an besonderen Festtagen weiterverschenkt, was mit der Verpflichtung an den Beschenkten einhergeht, ebenfalls ein solches Exemplar herzustellen und an andere weiterzugeben.

Daß an den Protesten gegen die Verurteilung von Kaplan Kovács „nebst jungen auch zahlreiche ältere Seelsorger" teilhatten und „mit der Lage unzufrieden" wären, gestand das Mitglied des Sekretariates der katholischen Kommission des Ungarischen Friedensrates József Bakonyi ein, der in einer Rede vor dieser Institution am 30. September 1981 die Ideen der Bulányi-Anhänger als „unhaltbar" und „unkatholisch" verurteilte. Wer die Einheit der Kirche untergraben wolle, so der Kaplan, sei ebenso ein Feind der Kirche wie des ungarischen Volkes (vgl. S. A 435f. dieses Heftes). Der Generalsekretär der Kommission, Domherr Imre Biró, erklärte auf derselben Sitzung, daß der Patriotismus für die Kirche keine leere Phrase sei. Ebenso wie die schöpferische Arbeit müsse man auch die Landesverteidigung erlernen. Die Jugendlichen eigneten sich auf diese Weise ein Verhalten an, das ihr ganzes Leben bestimme (Uj Ember, 11. 10. 1981; s. auch S. A 436 dieses Heftes).

Mitte Oktober 1981 sprach der katholische Episkopat dann eine zweite Suspendierung aus gegen den Kaplan András Gromon aus Pomáz, der in einer Predigt vorsichtige Kritik an der Esztergomer Rede des Kardinals geübt und gegen die Äußerungen der Repräsentanten der Friedenskommission protestiert hatte. Vor allem in der Kritik an Kardinal Lékai sah der für Gromon zuständige Bischof eine „Gefährdung der kirchlichen Ordnung und der unentbehrlichen Einheit" der katholischen Glaubensgemeinschaft.

Die um die Basisgruppen entfachte Auseinandersetzung erreichte im Frühjahr 1982 einen weiteren Höhepunkt, als die Bischofskonferenz den Piaristenpater György Bulányi in einer Erklärung vom 10. März pauschal für „irrige Glaubenslehren" seiner „umstürzlerischen Bewegung" verantwortlich machte. Überdies publizierte „Uj Ember" am 4. April das Ergebnis einer von Kardinal Lékai eingesetzten theologischen Kommission, die Bulányi in sechs Fällen der „Irrlehre" bezichtigte. Als Beleg wurde dazu eine anonyme Publikation mit dem Titel „Uj Forrás" (Neue Quelle) angeführt, die angeblich von Pater Bulányi stammen und dessen theologische Irrtümer beweisen sollte. Der geistige Führer der Basisgruppen wurde zudem aufgefordert, seine Lehren zu widerrufen. Bulányi lehnte dieses Ansinnen ab und formulierte eine ausführliche Erwiderung, die „Uj Ember" allerdings nicht veröffentlichte; sie konnte nur über den katholischen Samisdat verbreitet werden, wo sie eine wichtige Rolle zur Verstärkung des pazifistischen Engagements spielte. Pater Bulányi erklärte darin u. a., daß er die inkriminierte Schrift nicht einmal kenne, und eine Reihe von Priestern sowie das katholische Komitee „Dignitatis humanae" sprachen die Vermutung aus, daß es sich dabei um eine Fälschung handele, die in der Absicht verfaßt worden sei, die Verurteilung Bulányis zu erwirken.

Am 16. Mai 1982 kam es zum offenen Konflikt zwischen dem ungarischen Primas und den Basisgruppen, als der Kardinal während einer Messe in Nagymaros, zu der mehrere tausend überwiegend junge Christen gekommen waren, Pater Bulányi und Kaplan Kovács von der Konzelebration ausschloß. Bulányi und Kovács hatten mit der gemeinsamen Konzelebration die Absicht verfolgt, einen Akt öffentlicher Versöhnung zu demonstrieren und den Behauptungen den Boden zu entziehen, wonach die „Bulányisten" keine Gemeinschaft mit dem Episkopat halten wollten. Als die anwesenden Wallfahrtsteilnehmer vom Sachverhalt erfuhren, verließen mehrere hundert Jugendliche demonstrativ die Messe.

In einer Verlautbarung der Pressestelle der ungarischen Bischofskonferenz zu dem Vorfall wurde das Verhalten des Kardinals damit begründet, daß die Entscheidung über den weiteren Umgang mit Pater Bulányi an die römische Glaubenskongregation weitergeleitet worden sei und eine gemeinsame Meßfeier als ein Eingriff in das laufende Verfahren hätte wirken können. Bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit beschloß die Bischofskonferenz, Bulányi in allen Diözesen zu untersagen, „öffentlich zu zelebrieren, Sakramente und Sakramentalien zu spenden und das Wort Gottes zu verkünden" (kathpress, 14.6. 1982, S. 2).
Die Hoffnung der Basisgemeinden, wenigstens vom Vatikan Unterstützung zu erhalten, wurde jedoch enttäuscht, als der Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli sich am 15. Mai 1983 in einem Schreiben an Kardinal Lékai wandte und – offenbar mit Rücksicht auf die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Ungarn – erklärte, diese Gemeinden verletzten die Einheit der Katholischen Kirche.

Staat und Kirche gegen Wehrdienstverweigerer

Es steht zu vermuten, daß die Sanktionen des Episkopats gegen profilierte Vertreter der Basisgruppen auf ein entsprechendes Einwirken staatlicher Stellen zurückgehen, die sich mit der für sie beunruhigenden Entwicklung konfrontiert sehen, daß einzelne junge Christen mit wachsender Konsequenz den Wehrdienst verweigern und dafür sogar hohe Haftstrafen in Kauf nehmen. Eine Befreiung vom Waffendienst wurde nach mehrjährigen Verhandlungen im März 1977 nur der Religionsgemeinschaft der Nazarener gewährt, deren Mitglieder prinzipiell jeden Eid und Militärdienst ablehnen und nun einen Alternativdienst im Sanitätswesen oder im technischen Bereich ableisten dürfen. Wieviele Wehrpflichtige, die nicht unter diese Regelung fallen, den Dienst mit der Waffe in Ungarn verweigern, ist nicht genau festzustellen. Pater Bulányi erklärte im Juni 1982 in einem Interview, daß zu diesem Zeitpunkt acht junge Christen aus den Basisgemeinden den Wehrdienst verweigert hätten; der Schriftsteller Miklós Haraszti schätzte die Zahl der inhaftierten Wehrdienstverweigerer jedoch auf über hundert, jeden Monat fände in ungarischen Gerichtssälen ein solcher Prozeß statt. Die Betroffenen erwartet eine Haftstrafe, die in der Regel doppelt so lang ist wie der reguläre Dienst in der Armee, der 18 Monate beträgt.
Einem dieser Prozesse hat Haraszti im April 1982 selber beigewohnt und das entwürdigende Verfahren für die Samisdat-Zeitschrift „Beszélö" minutiös notiert (vgl. den Bericht auf S. A 436 f. dieses Heftes). Der Angeklagte, der dreiundzwanzigjährige Katholik Gábor Csizmadia, wurde von dem zuständigen Militärgericht zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich geweigert hatte, seiner Einberufung zum Militärdienst nachzukommen. In einem Brief an das zuständige Militärkommando, den er während der Verhandlung nicht einmal zur Begründung seiner Haltung vorlesen durfte, hatte er den Antrag gestellt, statt dessen einen waffenlosen Wehrersatzdienst abzuleisten (vgl. den Wortlaut des Briefes auf S. A 437 f. dieses Heftes). Einige Wochen später entstand auch der Antrag des Postingenieurs Béla Simonyi aus Székesféhervar, der sich weigerte, nach Beendigung seines Studiums die noch ausstehenden sechs Monate Wehrdienst abzuleisten, weil er in der Zwischenzeit zum Pazifisten geworden war (s. den Wortlaut seines Briefes an das Militärkommando im Archiv-Teil, S. A 438).
Diese jungen Wehrdienstverweigerer wollen mit ihrer Entscheidung ein Zeugnis des christlichen Friedensgebotes ablegen, sie verstehen sich nicht als politische Bewegung. Die Forderung nach einem zivilen Wehrersatzdienst leiten sie aus den Schriften des Evangeliums und den Dokumenten des Vatikans ab und berufen sich dabei auf die ungarische Verfassung, die jedem Bürger die Gewissensfreiheit sichert. Darüber hinaus be-

schäftigen sich die Mitglieder der Basisgruppen aber auch mit gewaltfreien Soziallehren wie denen von Martin Luther King oder Mahatma Gandhi. Mit großem Interesse verfolgen sie das christliche Friedensengagement in der DDR und bemühen sich um den Austausch mit Christen anderer Länder, die sich ebenfalls zur Gewaltfreiheit bekennen. Kirche und Staat werten jedoch solche Auffassungen als „unpatriotisch" und als eine Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten; die Forderung nach einer gesetzlichen *Möglichkeit,* einen zivilen Wehrersatzdienst zu leisten, wird von ihnen bewußt mißdeutet als ein Aufruf an die ungarische katholische Jugend, sich der Wehrpflicht zu entziehen.

Ein Ende des Konflikts ist bislang nicht in Sicht. Einzelne katholische Geistliche haben zwar Vorschläge unterbreitet, auf welche Weise ein Kompromiß gefunden werden könnte zwischen Basisgemeinden und Episkopat (ein solcher Vorschlag ist in „Beszélö", Nr. 3, 1982, dokumentiert), doch die Spielräume für eine Einigung werden letztlich im Staatlichen Kirchenamt gesetzt. Auch wenn ein wachsender Teil der katholischen Gläubigen mit dem Verhalten ihrer Bischöfe unzufrieden ist, dürfte die Bereitschaft der Kirchenführer, eine Auseinandersetzung mit dem Staat zu riskieren, gering bleiben. Pazifistische Anschauungen bleiben daher weiter auf sich allein gestellt und werden sich, so ist zu vermuten, auch in Zukunft an der Kirche vorbei artikulieren müssen. Eine Wende dürfte sich allerdings dann abzeichnen, wenn die christlichen pazifistischen Gruppen eine engere Verbindung mit den Friedensinitiativen im säkularen Raum eingehen würden – eine Entwicklung, über die man bislang nur spekulieren kann.

Ob die radikalen Katholiken zumindest langfristig den ungarischen Katholizismus erneuern können, bleibt ebenso ungewiß. Dennoch bewirken sie nach Auffassung des Schriftstellers Miklós Haraszti „mit ihrem menschlichen Beispiel und mit ihrer Bürgerrechtsbewegung auf jeden Fall eine aufrüttelnde Wirkung auf das Gewissen der kirchlichen Anhänger wie auch der atheistisch orientierten Menschen. Weder die wirklich Gläubigen noch die demokratisch denkenden Atheisten kommen umhin, sie zu unterstützen und auch von ihnen zu lernen. Denn mit ihrer Bewegung können sie vielleicht schon morgen nicht nur die Ehre, sondern auch das Leben in diesem osteuropäischen Territorium retten" (Beszélö, Nr. 2, 1982).

Nichtoffizielle Friedensinitiativen in Ungarn

Nachstehend geben wir eine Reihe von nicht amtlichen Dokumenten aus den Jahren 1981 und 1982 aus Ungarn wieder, die die Aufgaben der Friedensbewegung darstellen und Fragen der Friedenssicherung, der Wehrdienstverweigerung und Wehrdienstersatzleistung sowie der Reaktion von seiten der katholischen Kirche und des ungarischen Staates darauf zum Inhalt haben. (S. dazu auch den Aufsatz von Klaus Ehring: „Wie Schafe unter Wölfen". Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn, auf den Seiten 597ff. dieses Heftes.)

Wir dürfen nicht sprechen

(An die Teilnehmer des Friedensmarsches '82, Flugblatt von Miklós Haraszti und László Rajk, August 1982)

Sie wurden eingeladen, um den friedliebenden Charakter der Politik der ungarischen Regierung zu bezeugen. Sie müssen hingegen wissen, daß viele Ungarn die Friedensbemühungen ihres Landes bemängeln, zugleich aber nicht das Recht haben, ihre Unzufriedenheit darüber auszudrücken.

Unsere Regierung hat 1968 an der militärischen Okkupation der Tschechoslowakei teilgenommen, heute unterstützt sie die polnische Militärdiktatur. Etwa hundert junge Ungarn haben schwere Gefängnisstrafen erhalten, weil sie versuchten, ihre verfassungsmäßig garantierte Gewissensfreiheit durch Verweigerung des Militärdienstes zu erhalten – das Gesetz gestattet keine Möglichkeit, eine zivile Alternative zum Militärdienst abzuleisten. Die Presse darf die Armee keiner Kritik unterziehen. In Ungarn sind Hunderttausende ausländischer Soldaten stationiert, und unsere Regierung versucht nicht einmal, als Partner an den Wiener Verhandlungen zur Reduzierung der Waffensysteme in Mitteleuropa teilzunehmen. Unsere Nachbarn sind friedliche Staaten, und dennoch sind sowjetische Offensivraketen in diesem Land stationiert. Auf diese Weise ist Ungarn mögliches Ziel einer nuklearen Auseinandersetzung geworden. Doch davon darf öffentlich nicht gesprochen werden.

WIR BITTEN SIE: Werden Sie nicht zum Werkzeug eines Mißbrauchs im Namen des Friedens. Vergessen Sie nicht: es gibt keinen Frieden ohne Freiheit!

László Rajk, Miklós Haraszti

Das Interesse an Friedensfragen wächst

(Interview von Klaus Ehring mit Miklós Haraszti, August 1982)

Frage: Die Friedensbewegung findet ständig neue Opfer. Ist nun Ungarn an der Reihe?

Haraszti: Ohne Zweifel ist eine unabhängige Friedensbewegung auch in Ungarn im Anwachsen begriffen, doch diese Entwicklung steht noch sehr am Anfang. Ähnlich wie in der DDR kam auch hier die Initiative aus religiösen Kreisen, allerdings nicht von evangelischer, sondern von katholischer Seite. Innerhalb der katholischen Kirche gibt es radikale Basisgemeinden, die ein ausgesprochen pazifistisches Programm haben; ein Dutzend junger Leute ist in den letzten Jahren dafür ins Gefängnis gegangen.

Die ungarische Kirche unter Kardinal Lékai, dem katholischen Primas von Ungarn, ist gegen diese Bewegung und hat öffentlich diese jungen Leute und einige pazifistische Priester verurteilt. Die katholischen Kriegsdienstverweigerer stehen ganz allein, auch die anderen Strömungen einer Friedensbewegung sind von ihnen völlig isoliert. Dazu zählen vor allem einige Studenten und kritische Intellektuelle, die an einer solchen Bewegung interessiert sind.

Das alles hängt wohl mit der spezifisch ungarischen Situation zusammen, wo die ökonomische und kulturelle Situation besser ist als in anderen Ostblockstaaten und es daher selten zu öffentlichen Protesten kommt. Ich kann mir vorstellen, daß die einfache Argumentation, die Welt brauche Frieden und keine Waffen, nicht so viel Elan für eine solche Bewegung bringt wie das langsam wachsende Bewußtsein, daß Ungarn als ein kleiner Staat innerhalb des großen sowjetischen Einflußbereiches gar kein Interesse daran haben kann, sich immer weiter zu militarisieren und damit Zielpunkt eines möglichen militärischen Konfliktes zu sein.

Frage: Woraus resultiert denn das plötzliche Interesse an diesem Thema, warum gerade zu diesem Zeitpunkt?

Haraszti: Sicher hat auch die westliche Friedensbewegung ihren Einfluß darauf: Nachrichten darüber füllen die hiesige Presse und zeigen unserer Bevölkerung, daß es sich dabei nicht nur einfach um eine fünfte Kolonne Moskaus handeln kann. Ich glaube aber, daß die Meinung, Ungarn brauche keinen Militarismus, vor allen aus der jüngeren Entwicklung der Gesellschaft herrührt: Moderierte Machtausübung und das Ende der Isoliertheit Ungarns – diejenigen, die sich ein Leben nur noch unter solchen Bedingungen vorstellen können, müssen objektiv an einer antimilitaristischen Bewegung interessiert sein.

Allerdings ist eine unabhängige Massenbewegung für den Frieden auch in Ungarn in nächster Zeit schwer vorstellbar, denn alle Hindernisse einer öffentlichen unabhängigen Bewegung, die in den anderen kommunistischen Ländern existieren, gelten auch in Ungarn.

Darum kommt auch den unabhängigen Presseorganen, die man hier oppositionell nennt, eine große Bedeutung zu. Sie beschäftigen sich u.a. mit den Kriegsdienstverweigerern, ihren Argumenten sowie mit den Opfern der staatlichen Repression, es geht ihnen aber auch um die öffentliche Diskussion der Friedensproblematik im allgemeinen. So wurden die Hauptdokumente der europäischen Friedensbewegung veröffentlicht, und die unabhängige Universität von Budapest plant, Persönlichkeiten der westeuropäischen Friedensbewegung nach Budapest einzuladen, um freie Konferenzen – natürlich nur in Privatwohnungen – zu organisieren.

Frage: Spielt denn die Friedenspolitik auch für breitere soziale Schichten eine Rolle, also für Arbeiter, Schüler oder Studenten?

Haraszti: Das Interesse für Friedensfragen wächst natürlich in Studentenkreisen und den relativ gebildeten Schichten mehr als bei den Arbeitern; aber doch sind derartige Fragen von allgemeinem Interesse: Der Marxismus, der sowohl offiziell als

auch inoffiziell völlig einflußlos geworden ist, erzeugt ein ideologisches Vakuum. Diejenigen, die Werte suchen, Stellungnahmen und Richtlinien, wenden ihr Interesse auch der Friedensdiskussion zu. Auch hier spielt im übrigen wieder die nationale Frage hinein: Ein demilitarisiertes blockfreies Ungarn würde eine sicherere Basis für das Leben aller Schichten in Ungarn bieten.

[Zum Selbstverständnis der Friedensgruppen]

Frage: Welches Selbstverständnis haben nun die Friedensgruppen selber: verstehen sie sich als systemimmanente Bewegung, die auf Partnerschaft und möglicherweise sogar auf Unterstützung des Staates hofft, oder eher als versteckte Opposition?
Haraszti: Das Neue an dieser Strömung ist, daß sie so eine Selbstanalyse gar nicht vornimmt. Es handelt sich um die urnaive, frische Überzeugung von Leuten, die nicht wie die früheren Generationen durch diese starke Ideologisierung des Lebens durchgegangen sind. Sie nehmen einfach Stellung zu ihrem Leben. Ermutigt sind sie vielleicht auch durch die staatliche Friedenspropaganda, und sie benutzen diese teilweise naiv, teilweise ironisch, um ihre eigenen Vorstellungen auszudrücken.
Frage: Was heißt das konkret: Geht es dabei eher um globale politische Fragen oder um das eigene Militär und die innergesellschaftliche Militarisierung?
Haraszti: Beide Tendenzen sind vorhanden. Es ist beispielsweise eine sehr populäre Idee, was der Schriftsteller György Konrád vorgeschlagen hat, daß Ungarn einen Nichtangriffspakt mit allen benachbarten Staaten schließen sollte, also auch mit Jugoslawien und Österreich. Das sind eher globale Fragen. Die Kriegsdienstverweigerer sind dagegen Leute, für die der Frieden ein persönliches Bekenntnis darstellt.
Frage: Es gibt die Meinung innerhalb der westlichen Friedensbewegung, daß die Verhinderung eines militärischen Konfliktes Vorrang habe vor allen anderen Fragen und selbst das Verlangen nach Freiheit dahinter zurückzustehen habe. Im Zusammenhang mit Polen hat das viele empört. Wie stellen sich die ungarischen Friedensgruppen zu dieser Frage?
Haraszti: Wie in allen osteuropäischen Ländern ist die Friedensbewegung in Ungarn immer auch eine Menschenrechtsbewegung, schon deshalb, weil in unserem politischen System eine unabhängige Meinungsäußerung einfach nicht möglich ist. Sie wird von Menschen getragen, die den Mut haben, sich ohne staatliche Kontrolle auszudrücken. Sie ist damit auch eine Bewegung gegen die herrschenden Kontrollmechanismen der Meinungsäußerung, also, wenn Sie so wollen, eine Bewegung für Meinungsfreiheit.

[Zur Frage des Verzichts auf Gewalt]

Frage: Gibt es unter diesen Friedensinitiativen auch einen radikalen Pazifismus, also die Forderung nach völligem Gewaltverzicht?
Haraszti: Das gilt eher für die religiösen Kreise. Sie gehen davon aus, daß der Christ den Dienst mit der Waffe verweigern muß und geraten damit in Konflikt zu den Auffassungen der offiziellen Kirche. Die Basisgemeinden haben ein umfassendes Programm: sie verlangen nicht nur eine friedliche Kirche, sondern auch eine arme und machtlose, und das kann man schon ein neues Bewußtsein nennen. Ich glaube aber, solche Auffassungen sind, insgesamt gesehen, nicht sehr verbreitet in Ungarn.
Frage: Wie reagiert die offizielle Kirche darauf?
Haraszti: Mit starker Ablehnung. Sie hat sogar die Kriegsdienstverweigerer verurteilt, die schon vom Staat verurteilt worden waren und nun im Gefängnis sitzen – das hat es in Ungarn seit den 50er Jahren nicht mehr gegeben. Dadurch bekam das Anliegen der Kriegsdienstverweigerer aber auch eine weit größere Bedeutung innerhalb der katholischen Kirche, als es ihrer zahlenmäßigen Bedeutung entsprochen hätte, denn das war ein Skandal. Wenn auch nicht alle Katholiken von der

Kirche eine Unterstützung der Wehrdienstverweigerer erwarteten, so erwarteten sie doch, daß die Hierarchie ihrer Brüder nicht auch noch verurteilt, nur weil sie ihrer religiösen Gesinnung folgen.

Frage: Wieviele Katholiken rechnen sich zu diesen Basisgemeinden, wieviele verweigern den Wehrdienst?

Haraszti: Es gibt etwa hundert Basisgemeinschaften, die der pazifistischen Lehre von Pater Bulányi folgen, und ungefähr jeden Monat findet in ungarischen Gerichtssälen ein Prozeß gegen Wehrdienstverweigerer statt.

Frage: Verweigern auch Atheisten den Wehrdienst?

Haraszti: Bislang nicht. Die säkularen Gruppen protestieren aber gegen alle Repressionen gegenüber Leuten, die ihre Meinung aussprechen und die nach ihrer Gesinnung leben wollen.

Ich möchte aber noch etwas zu einigen kleineren religiösen Gruppen sagen, die vom Staat, ohne daß es dazu gesetzliche Regelungen gibt, eine Art Privatabkommen zugestanden bekommen haben, daß sie einen waffenlosen Dienst ableisten können. Die größten Kirchen Ungarns sind davon ausgenommen, was ein Verstoß gegen die Verfassung darstellt, die eine Diskriminierung von Angehörigen religiöser Gruppen verbietet. Falls Ungarn weiterhin als Rechtsstaat erscheinen will, muß diese Situation geändert werden. Dies ist ein juristischer Skandal, weil auch mit Hilfe der Hierarchie der katholischen Kirche diese rechtswidrige Situation der Mehrheit der Gläubigen aufrecht erhalten wird.

Frage: Gibt es Beispiele praktischen Friedensengagements?

Haraszti: Die religiösen Gruppen arbeiten vor allem gedanklich, sie „studieren" Frieden und die Möglichkeit eines friedvollen Lebens. Sie haben ein großes Interesse an allen pazifistischen und gewaltfreien Soziallehren, sie studieren beispielsweise auch Martin Luther King oder Mahatma Gandhi. Sie verfolgen auch mit großem Interesse die DDR-Friedensbewegung, und sie schaffen eine breite „zweite Öffentlichkeit" durch das Kopieren und Verbreiten dieser Schriften sowie der Briefe der Verweigerer, die entweder schon im Gefängnis sitzen oder die bereit sind, den Wehrdienst zu verweigern, wenn sie einberufen werden.

Frage: Und außerhalb der Kirche?

Haraszti: Es gab einige Diskussionen in säkularen Gruppen über eher globale und politische Fragen, aber nicht sehr viele. In den Samisdat-Publikationen ist es zu einem Meinungsaustausch gekommen, der neue Diskussionen in Gang bringen sollte. Eine Gruppe von Schülern [gemeint ist die „Anti-Nuklear-Kampagne] wollte auch eine eigene Demonstration durchführen, die aber sehr schnell unter staatliche Kontrolle gebracht wurde. Sie versuchten, bei der Polizei eine Genehmigung zu bekommen, aber stattdessen organisierte der kommunistische Jugendverband am selben Ort und zum selben Zeitpunkt eine eigene große Demonstration mit Gratis-Bockwürsten und Bier. Das hat natürlich alle Spuren von Unabhängigkeit verwischt, so daß man beim nächsten Mal anders vorgehen wird.

Ich denke auch, daß in Ungarn bald eine unabhängige Zeitschrift für Friedensfragen erscheinen wird, und das wird nochmals eine ganz neue Phase für die Friedensbewegung bei uns einleiten.

[Reaktionen des Staates]

Frage: Wie reagiert der Staat?

Haraszti: Gegenüber den Kriegsdienstverweigerern ist das klar: Sie bekommen eine mindestens doppelt so hohe Gefängnisstrafe wie die reguläre Wehrdienstzeit dauert. Die anderen Gruppen sind noch nicht stark genug, daß sie eine ausdrückliche staatliche Reaktion hervorrufen könnten.

Im Rahmen der heutigen ungarischen Innenpolitik kann ich mir als wahrscheinliches staatliches Verhalten vorstellen: Tolerieren schon, unterstützen niemals. Was geschehen würde, wären administrative Restriktionen gegen diejenigen, die sich daran beteiligen: Verlust des Arbeitsplatzes, Verlust des Passes, auch der Verlust von Privilegien – das ist die normale Art der Repression im heutigen Ungarn. Aber

ich glaube, wir können auch ausschließen, daß man Teilnehmer verhaften würde.
Frage: Manche Friedensengagierte in Ungarn hoffen aber auf Unterstützung, beispielsweise vom Nationalen Friedensrat!
Haraszti: Das ist ausgeschlossen. Das Maximum ist Duldung durch die Polizei. Eine offizielle Zusammenarbeit zwischen der staatlichen sogenannten „Friedensbewegung" und diesen Leuten halte ich für ausgeschlossen.
Frage: Aber entstehen dadurch nicht große argumentative Probleme?
Haraszti: Diese argumentativen Probleme sind eine Erklärung dafür, daß es schwerere Repressionen wahrscheinlich nicht geben wird. Das heutige Ungarn ist auf sein liberales Image in der westlichen Welt angewiesen, aber das ist kein Grund, Freundschaft zu schließen zwischen diesen Bestrebungen und der staatlichen Friedenspropaganda, die nur zur Unterstützung der sowjetischen Friedensvorstellungen ins Leben gerufen wurde, also eine Art Propagandaabteilung der Roten Armee ist. Die unabhängigen Friedensinitiativen reagieren ja auf die sowjetische Militärmacht gleichermaßen ablehnend wie auf die westliche.
Frage: Wie wird die weitere Entwicklung aussehen?
Haraszti: Die eine Seite ist gegeben: Die Hände der ungarischen Regierung sind gebunden, außenpolitisch muß sie natürlich immer den sowjetischen Standpunkt vertreten. Auf der anderen Seite wächst vielleicht die Sensibilität für Friedensfragen, ein Aktivismus, um sich selbst zu retten. Man wird auch verstärkt Kontakt aufnehmen zu anderen Richtungen im westlichen und östlichen Europa. Zumindest wird die sowjetische Auffassung widerlegt werden, die glaubt, daß Friedensbewegungen nur im Westen existieren können, weil der Frieden aus dem Osten kommt.
Frage: Können hier neue innenpolitische Spielräume geschaffen werden, könnte eine unabhängige politische Bewegung entstehen, die nicht so leicht wie bei anderen Fragen einfach zu verbieten ist?
Haraszti: Ich halte das für wahrscheinlich, weil in der Friedensfrage meiner Meinung nach sehr wichtige nationale Lebensfragen stecken, besonders für kleine Staaten im sowjetischen Machtbereich: Unabhängigkeit, außenpolitische Neutralität, Garantie eines gewaltlosen Verhaltens gegenüber allen Staaten der Welt und innenpolitische Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion. Das sind mehrheitliche Bestrebungen in Ungarn, nicht nur in der Opposition, sondern in breiten Bevölkerungskreisen vielleicht auch in Regierungskreisen. Hier würde sich eine ganz neue Szenerie entfalten, ein neuer Zugang zu nationalen Fragen, in welchen die ungarische Öffentlichkeit heute noch völlig ohnmächtig ist.

Frage: Und wie verhält sich die ungarische Opposition zu dieser Bewegung?

Haraszti: Die klassischen politischen Oppositionellen sind nicht sehr engagiert in diesen Gruppen, abgesehen von der Verteidigung der Opfer der Repression. Sie sind skeptisch gegenüber der westlichen Friedensbewegung, die sie zumeist von den sowjetischen Medien für deren Zwecke mißbraucht sehen, und übertragen diese Haltung auch auf ähnliche Bestrebungen in Ungarn. Ich glaube aber, daß dies sich ändern wird.

Was ist die Aufgabe der Friedensbewegung?

(Kaplan József Bakonyi, Mitglied des Sekretariates der Katholischen Kommission im Ungarischen Nationalen Friedensrat, September 1981, in: Uj Ember, 11. 10. 1981)

Besondere Aufmerksamkeit verdient die sogenannte Bulányi-Bewegung, die nebst manchen wertvollen Aspekten die gesunden Bestrebungen in eine Sackgasse führt. Die Zerstörung der Konsolidation, die offene Konfrontation mit dem Staat, die

Wehrdienstverweigerung, die grundlegende Abänderung der kirchlichen Strukturen, offene Ablehnung und Kritik der ungarischen katholischen Hierarchie, die eindeutige und offensichtliche Ablehnung des Primas von Ungarn, die gewollte Suche nach dem „Martyrium" – dies sind unhaltbare und unkatholische Ideen! Wer die Einheit der Kirche untergraben will, ist ebenso ein Feind der Kirche wie des ungarischen Volkes! [. . .]
Was ist die Aufgabe der Friedensbewegung in dieser Lage?
Erstens: Alle kleinen christlichen Basisgruppen zu unterstützen, die unter der Leitung der Hierarchie sich in den vorhandenen kirchlichen Strukturen und im Sinne der katholischen Dogmatik und Moral um die Erneuerung der Kirche bemühen.
Zweitens: Alle Versuche und Anstrengungen zu verurteilen, die die christlichen Jugendgruppen unter Vorspiegelung von wahren Werten zu bestimmten politischen Zwecken mißbrauchen und die Einheit der Kirche zerstören wollen.

Die Verteidigung der Heimat muß man erlernen!

(Domherr Imre Biró, Generalsekretär der Katholischen Kommission im Ungarischen Nationalen Friedensrat, September 1981, in: Uj Ember, 11. 10. 1981)

[. . .] Der Einheit unseres Volkes zu dienen, war schon immer identisch mit wahrem Patriotismus. In der heutigen Zeit kommt dem eine besondere Bedeutung zu. Dazu erziehen wir – auch durch die Religion – unsere Jugend, dafür wollen wir mit unserer ehrlichen Arbeit Zeugnis ablegen. Der Patriotismus ist für uns keine leere Phrase. Er ist ein Stück unseres Lebens. Unser Herz würde man ausreißen, wenn wir ihn mit etwas anderem vertauschen würden. Generationen können verschiedene Ansichten haben, aber in der Verteidigung des Lebens müssen sie einig sein. [. . .]
Die Verteidigung der Heimat muß man erlernen. Ebenso wie die schöpferische Arbeit müssen wir auch die Landesverteidigung erlernen. In unserer Kindheit sind wir auf eine Bitte hin folgsam und artig gewesen. Jetzt lernen wir, daß nicht nur ein Gefühl Grund für Gehorsam sein kann, sondern auch eine Ordnung, die zwar von anderen geschaffen wurde, die wir aber in Form von Befehlen erfahren. Ohne Ordnung gibt es weder kooperative Arbeit noch erfolgreiche Produktion. Dies ist nicht bloß von materiellem Belang. Unsere Jugendlichen tun den Dienst an der Allgemeinheit nicht wegen des Geldes. Sie eignen sich ein Verhalten an, das ihr ganzes Leben bestimmt.
[. . .]

Der Prozeß gegen einen Wehrdienstverweigerer

(Bericht über den Prozeß gegen den Wehrdienstverweigerer Gábor Csizmadia am 2. April 1982 vor dem Obersten Militärgericht in Budapest, in: Beszélö, Nr. 3/1982)

Der Staatsanwalt, der Protokollant und die drei Richter sind in Uniform, die Verteidigerin kommt erst in letzter Minute. Sie vertritt den eigentlichen Verteidiger, und auch wenn sie zum ersten Mal den Angeklagten sieht, hat sie keine Zeit, mit ihm zu sprechen. Gábor Csizmadia ist 1959 geboren und wohnhaft in Budapest. Er hat eine Baufachschule absolviert, arbeitet momentan aber als Zeitungsausträger. Er ist verheiratet.
Man bringt den Angeklagten in Handschellen. Das Gericht gestattet, daß er nach der Verhandlung für einige Minuten

mit seiner Frau sprechen darf. Frau Csizmadia unterstützt ihren Mann mit vollem Verständnis.
In der ersten Instanz wurde Gábor Csizmadia zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Unter Berufung auf das straffreie Vorleben, auf das beispielhafte familiäre Leben und auf die lobenden Urteile von seiner Arbeitsstätte beantragt die Verteidigerin eine Abmilderung des Urteils. Die Persönlichkeit des Angeklagten und seine Lebensführung stellten keine Gefahr für die Gesellschaft dar. Deshalb sollte man die Strafe stärker der achtzehnmonatigen Wehrdienstzeit annähern. Zur Anklage selber erklärt sie: Ihr Klient habe zweifellos das Gesetz gebrochen, und die Verteidigung habe auch keine Erklärung für diese Haltung.
Der Angeklagte versucht daraufhin, das Gericht an seinen schriftlichen Antrag zu erinnern, doch er wird mit der Begründung unterbrochen, daß er später noch zusammenhängend sprechen dürfe. Der Staatsanwalt meldet sich zu Wort und weist die Beurteilung der Anwältin zurück. Der Angeklagte habe die heiligste staatsbürgerliche Pflicht verletzt, und deshalb sei sein Verhalten für die Gesellschaft ganz besonders gefährlich. Das kurze Verhör dreht sich um ein einziges Thema: Hat der Angeklagte seine Entscheidung von sich aus getroffen oder stand er unter anderem Einfluß? Frage: „Wann haben Sie Ihren Antrag gestellt?" Antwort: „In der Nacht vor meiner Einberufung." Kreuzverhör: „Haben Sie denn eine Schreibmaschine?" „Ja, ich habe eine Schreibmaschine." Eine der Richter stellt fest, daß er ihm nicht glaube, weil er das Abitur nur mit schwachen Ergebnissen abgelegt habe. Der Angeklagte erklärt, daß er nur nach dem Willen seiner Eltern in diese Baufachschule gegangen sei, seine Interessen seien aber in Wirklichkeit ganz anderer Natur.
Die Verhandlung kommt zum Ende, ohne daß der Antrag des Angeklagten vorgelesen worden wäre. Urteilsverkündung: „Das Urteil der ersten Instanz ist nicht gesetzeswidrig, und auch das Strafmaß wird für gerechtfertigt gehalten." Der Angeklagte wird wieder in Handschellen abgeführt.

Ein Antrag auf Ableistung des Zivildienstes

(Antrag des Wehrdienstverweigerer Gábor Csizmadia auf einen waffenlosen Wehrersatzdienst, 24. Februar 1982; in: Beszélö, Nr. 3/1982)

Sehr verehrtes Militärkommando!
Ich wende mich an das verehrte Militärkommando mit der Bitte, mir den waffenlosen zivilen Friedensdienst zu gestatten. Aufgrund meiner religiösen Überzeugung gestattet es mir mein Gewissen nicht, den Militärdienst abzuleisten. Ich bin römisch-katholischen Glaubens, und das strenge und unmißverständliche Gebot meiner Kirche besagt, daß ich in keiner Situation gegen mein Gewissen handeln darf. Wenn ich anders handeln würde, beginge ich eine Sünde. Die Verfassung unseres Landes achte ich als oberste Instanz unserer gesetzlichen Ordnung. Der Paragraph 70 unserer Verfassung schreibt die Wehrpflicht vor. Gleichzeitig sichert der Paragraph 63 jedem Staatsbürger seine Gewissensfreiheit und das Recht auf freie Glaubensausübung zu. Paragraph 70 und Paragraph 63 sind gleichrangig. Somit kann man mich nicht zum Wehrdienst verpflichten, ohne den Paragraphen 63 zu verletzen, und ich könnte meinem Gewissen nicht folgen, ohne den Paragraphen 70 zu verletzen. Die Situation ist unlösbar, und ich glaube nicht, daß die einzige Lösung die Beschränkung meiner Gewissensfreiheit wäre.
Ich will mich keineswegs meinen staatsbürgerlichen Pflichten entziehen. Gern würde ich einen waffenlosen zivilen Friedensdienst leisten, wie dies in mehreren Ländern ohne Strafe möglich ist. Meine

Kirche, die traditionell in guter Beziehung zu unserem Staat steht, hat sich mit folgender Bitte an ihn gewandt:
„Es scheint angebracht, daß Gesetze in humaner Weise Vorsorge treffen für die, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind" (aus: Gaudium et spes, Nr. 79 – Dokument des II. Vatikanischen Konzils). Diese Bitte haben auch viele Staaten erfüllt. Auch ich möchte die Bitte meiner Kirche wiederholen, auch Ihnen gegenüber in meinem Fall. Mit der Wiederholung dieser Bitte verbleibe ich
hochachtungsvoll

gez. Gábor Csizmadia, Budapest, den 24. Februar 1982

Deshalb kann ich den Dienst mit der Waffe nicht leisten ...

(Antrag des Wehrdienstverweigerers Béla Simonyi auf einen waffenlosen Wehrersatzdienst, März 1982, in: Beszélö, Nr. 3/1982)

Verehrtes Militärkommando, verehrtes Hohes Gericht!
Zwei Drittel der Menschheit hungern oder quälen sich mit heilbaren Krankheiten, während jene, die die Möglichkeiten hätten, ihnen zu helfen, das Mehrfache der dazu nötigen Beträge für Vernichtungswaffen ausgeben. Ich möchte mein Leben nur im Dienst meiner Nächsten vollziehen, und zwar mit solchen Tätigkeiten, die niemanden anderen zum Schaden geraten können. Deshalb kann ich den Dienst mit der Waffe, weil er diesen meinen Zielen widerspricht, nicht leisten.
Ich möchte betonen, daß ich gerne in jeder erdenklichen Weise meinem Lande dienen würde, wenn ich damit nicht meinen vorher genannten Zielen widerspreche. Zum Beispiel im Gesundheitsdienst oder durch andere soziale Tätigkeiten. Solch eine dienende Tätigkeit würde ich gerne – auch unter schweren Bedingungen – als Ersatz für den Dienst mit der Waffe übernehmen.
Ich habe bei Beginn meines Dienstes meinen Eid als Soldat geleistet, doch heute, nach mehr als sechs Jahren, kann ich diesen nicht mit meinen Lebensidealen in Übereinstimmung bringen. Ich möchte den Lehren des allesliebenden Gottes gemäß leben, und wenn es nötig wäre, einen meinen heutigen Grundsätzen entsprechenden Schwur zu leisten, wäre ich gern dazu bereit. ([Anmerkung der „Beszélö"-Redaktion:] Der Soldateneid verpflichtet zur totalen Vernichtung aller Feinde der Ungarischen Volksrepublik.) Ich betone, daß hinter meiner Entscheidung keinerlei politische Motivation liegt. Ich erkläre auch, daß ich niemand anderen zu ähnlichen Stellungnahmen zu überzeugen versuche, wie auch mich niemand anderes dazu verleitet hat.
Ich hoffe, daß aufgrund dieser meiner Antragsgründe auch eine andere Vorgehensweise möglich ist, als meine Bitte einfach als dem Gesetz widersprechend zu behandeln. Meine Entscheidung in dieser Sache treffe ich als Mitglied der römisch-katholischen Kirche.
„Aber euch, die ihr hört, sage ich: Liebet eure Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen. Segnet, die euch fluchen, und betet für die, welche euch verleumden." (Luk. 6, 27–28).

[Anmerkung der „Beszélö"-Redaktion:] Béla Simonyi, der seinen sechsmonatigen Dienst (nach Beendigung seines Studiums) verweigert hat, wurde im April 1982 zu 16 Monaten Freiheitsverlust verurteilt. *KE*